

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (rei Haus 2 RM, (halbmonatlich 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM, (ohne Aufstellungsgeld) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21, Reichstraße 14, Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachnummer Dresden Nr. 15090, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)
Anzeigenpreis: Die normal gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Mehrzeile einschließlich an den dreispaltigen Teil einer Zeilenserie 1,50 RM, Anzeigen-Einnahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Ausschüttung des Bezugspreises

3. Jahrgang Freitag, den 25. November 1927 Nummer 274

Im Juni Reichstagsauflösung

Der Bürgerblock sichert sich Zeit für reaktionäre Maßnahmen — Furcht vor der Auflösung — Ein Anschlag auf das Wahlrecht — Wahlmanöver der SPD

Berlin, 25. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Wie die Volksstimme Zeitung meldet, hat in der letzten Kabinettsitzung zwischen den Mitgliedern der Reichsregierung eine Aussprache darüber stattgefunden, zu welchem Zeitpunkt die Auflösung des Reichstages sich am besten empfehlen wird. Die Mitglieder des Kabinetts kamen überein, daß als selbster Termin für die Auflösung der Monat Juni 1928 in Betracht käme, so daß die Wahl kurz vor Beginn der Ernte stattfinden könnte.

Der Bürgerblock will sich noch die Möglichkeit schaffen, einen großen Teil reaktionärer Maßnahmen durchzuführen. Deswegen will er keine Auflösung in den ersten Monaten des Jahres. Die Bürgerblockparteien wissen, daß sie bei den nächsten Wahlen verlieren werden. Diese Umänderung der Verhältnisse will der Bürgerblock hinauschieben. Sie wollen dabei ihre Vorbereitungen für Diktaturpläne weiterführen. Sie wollen die Wahlen in die Sommermonate verlegen und spekulieren dabei auf Wahlmüdigkeit. Das Wesentlichste aber ist: der Bürgerblock will erst das schwarze Schulgesetz unterbringen. Er will die reaktionäre Befehlungsordnung durchsetzen, diesen Betrug an der Gesamtheit. Der Reichswehretat soll noch vermehrt werden. Darum will man die sogenannte Rationalisierung des Staates auf Kosten der Gemeinden und der Sozialpolitik noch durchführen. Alle diese faulernen Pläne der Reaktion sollen noch verwirklicht werden. Deswegen wendet sich der Bürgerblock gegen eine sofortige oder schnelle Auflösung des Reichstages.

Die SPD vollführt seit einiger Zeit ein oppositionelles Geschrei. Dabei hilft sie aber praktisch dem Bürgerblock. Die SPD erzählt den Arbeitern von dauernden Krisen innerhalb des Bürgerblocks und verklärt, daß deswegen der Reichstag bald aufgelöst werde. Durch diese Taktik verwirrt die SPD die Arbeiter absichtlich. Sie hält die Massen des Proletariats damit vom Kampf gegen den Bürgerblock, vom Kampf um die wirkliche Auflösung des Reichstages ab. Die Arbeiter dürfen sich nicht täuschen lassen. Der Bürgerblock will seine Position halten, solange dies eben geht. Die Wahlen, die in den letzten Wochen stattgefunden, haben den Bürgerblockparteien gezeigt, daß die

Massen sich von den Parteien dieses Blockes abwenden, deswegen wollen diese Parteien keine Wahlen.

Für die Arbeiterschaft gilt es aber, nun erst recht die Befestigung der Bürgerblockregierung herbeizuführen. Auf die Auflösung der Bürgerblockregierung, noch bis Juni den Reichstag zusammenzubringen, muß die Arbeiterschaft mit dem verstärkten Kampf für die Auflösung des Reichstages, nach der Befestigung des Bürgerblocks antworten. Noch ist die Haltung der Massen passiv. Unsere Genossen müssen dafür Sorge tragen, daß in den Betrieben, in den Gewerkschaften Stellung zur Auflösung des Reichstages genommen wird, daß die Massen in wichtigen Rundgebungen die Auflösung des Reichstages, die Befestigung der Bürgerblockregierung erzwingen.

Verflechtung von Steuergebern für Denkmäler

Berlin, 24. November.

Die Bürgerblockregierung kann nicht ruhig schlafen wegen des Foincaré-Rezesses im Einweichen von Kriegerdenkmälern. Auch Deutschland soll nach Tannenbergs weitere Verherrlichungen des imperialistischen Massengemeins erhalten. Nachdem sich monatelang verschiedene Provinzen und Städte um den großen Ruhm herumgeschlagen haben, das sogenannte „Reichschrenkmal“ auf Kosten der Steuerzahler in ihren Mauern aufzubauen, nachdem kostspielige Beschäftigungsstellen und Gutsachten durchgeführt wurden, hat die Reichsregierung die Entscheidung gefällt, sowohl in Berlin, als auch in Potsdam und nach Abzug der Besatzungstruppen am Rhein bei Ehrenbreitstein je ein „Reichschrenkmal“ zu schaffen. Der Bürgerblock weiß sehr wohl, auf welche Art er die aus den wertvollen Massen herausgepressten Steuergebühren am bequemsten so verflechten kann, daß dabei noch eine Gelegenheit für alle Kriegshelden herauskommt. Aufmärsche zu veranstalten, abgetaktete Generale aufmarschieren zu lassen, nach Kolonien zu strömen und den kommenden Weltkrieg hochleben zu lassen. Immerhin haben solche Demonstrationen politisch keine große Bedeutung für die verkrachten Nationalisten, denn auf Tannenberg folgten bekanntlich die Königsberger Wahlen.

Der Tod des rumänischen Diktators

Der rumänische Diktator, Ionesco Bratianu, ist gestern früh gegen 7 Uhr an den Folgen einer Mandeloperation gestorben.

Der Tod des Diktators ist sehr schnell und überraschend eingetreten. Seit einigen Tagen litt Bratianu an Mandelentzündung, die einen operativen Eingriff notwendig machte. Trotz dem traten Entzündungsanfänge auf. Auch einige weitere operative Eingriffe halfen nichts. Hingzu kam, daß die Bereiterungen in das Blut übergingen. Bratianu erlag dann gegen 7 Uhr früh, nachdem noch die gefamten Ärzte von Bukarest hinzugesogen waren, den Entzündungsanfängen.

Mit Bratianu ist einer der brutalsten feudalen Diktatoren verstorben. Unter seiner Herrschaft tobten die wüsten und brutalsten Verfolgungen der Arbeiter und arbeitenden Bauern. Seine Macht sicherte er sich dadurch, daß er zwar das Parlament nicht auflöste, aber durch einen unerhörten Wahlterror die Mehrheit für seine Partei sicherte. Wo er die Mehrheit nicht erreichte, wurden die Wahlen kassiert, die Kandidaten der Opposition verfolgt. Jede freie Bewegung der arbeitenden Massen wurde blutig unterdrückt.

Bratianu führte eine fast vollständige Selbstherrschaft. Der König hat nichts zu sagen. Mit dem Kronprinzen Carol lag er und seine Partei in Konflikt. Nach den bisher vorliegenden Meldungen hat sein Bruder jetzt die Präsidentschaft übernommen. Jedoch ist es möglich, daß jetzt der Kampf der Parteien in härterem Maße als bisher in Erscheinung tritt, daß ein Kampf um die Macht entbrannt. Die schnelle Ermordung des Bruders des Diktators zeigt, daß die herrschende Clique den Kampf um die Macht mit aller Ent-



Bratianu

schiedenheit weiterführen will. Claqueurwirtschaft, Korruption und blutige Unterdrückung der arbeitenden Schichten, das waren die Zeichen der Herrschaft dieses sehr verstorbenen Diktators. Die Arbeiterschaft, die arbeitenden Bauern Rumäniens kannten ihn als den blutdürstigsten Banditen und kalten Arbeitermörder.

Furcht vor deutsch-russischer Zusammenarbeit

Berlin, 24. November.

Der Berliner Lokalanzeiger veröffentlicht eine Meldung seines Londoner Korrespondenten, nach der die Londoner Regierungskreise sich jede Einmischung Stresemanns zur Vermittlung zwischen Sowjetunion und Großbritannien verbitten, da sich der deutsche Außenminister nur ebenso wie die Russen eine Abweisung holen könne. Es wird immer wieder betont, daß Chamberlain sich unter keinen Umständen auf Verhandlungen mit den Russen einlassen werde. Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph richtet eine offene Warnung an Deutschland, in der englisch-russischen Angelegenheit etwa einen Vermittlungsversuch zu machen. Stresemann habe offenbar ein Interesse daran, daß britische Finanzhäuser durch Vermittlung deutscher Banken den deutschen Absatzmarkt in Rußland wieder finanzieren. Eines sei sicher: jede Einmischung oder Vermittlung einer dritten Macht (Deutschlands) würde hier sehr abgenommen werden.

Der Kommentar des Lokalanzeigers zu dieser „eigenen Meldung“ beginnt mit dem schönen Satz: „Von unterrichteter Seite werden die vorstehenden Meldungen als Versuch einer Brückenvergiftung bezeichnet.“

Das bedeutet also, daß die Bürgerblockparteien sich gegen eine Aktion, die zu einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion führen könnte, wenden. Die Meldung des Lokal-Anzeigers soll die Antirußlandstellung betonen, die Bereitschaft zum gemeinsamen imperialistischen Angriff unterstreichen.

Der Angriff auf das Wahlrecht

Wie wir an anderer Stelle mitteilten, will der Bürgerblock den Reichstag noch bis zum Juni zusammenhalten. Ob dies den Bürgerblockparteien gelingt, ist eine andere Frage. Immerhin darf man sich durch das sozialdemokratische Geschrei über die Krisen im Bürgerblock am allerwenigsten irreführen lassen. Die Bürgerblockparteien wissen, daß sie bei den nächsten Wahlen bestimmt verlieren werden. Sie wollen aber auch noch eine Menge reaktionärer Gesetze unter Dach und Fach bringen. Dann bereiten sie sich ohne Zweifel auf einen Gewaltstreik gegen die arbeitenden Massen vor. Vor einigen Tagen brachten wir hier eine Mitteilung darüber, daß die Volkspartei offen die Absicht der Diktatur, der Anwendung des Artikels 48, verkündete, wenn die Wahlen nicht so ausfallen werden, wie die Kapitalisten wollen. Mit Hilfe des Artikels 48 soll dann das Wahlrecht geändert werden. Gehrtschreibt der Anzeiger gegen eine frühzeitige Reichstagsauflösung. Er erklärt, es liege noch sehr viel Arbeit im Reichstage, die man erledigen könne. 21 Gesetzentwürfe, 33 Interpellationen und 87 Anträge seien für die Plenarberatungen spruchreif. Der Kosten und der Ursachen einer Neuwahl bedürfe es nicht. Dann erklärt der Anzeiger, der Reichstag erreiche am 9. Dezember 1928 sein natürliches Ende. Die Wahlen können dann Ende Januar oder Anfang Februar stattfinden. Er fragt dann: „Wozu die Eile?“ Es ist ganz klar: die Partei der Schwerindustriellen will eine zeitige Auflösung des Reichstages. Der reaktionäre Bürgerblock soll solange als eben möglich zusammengehalten werden. „Nur keine Wahlhochsee!“ schreibt der Anzeiger. Der Bürgerblock hat es nicht eilig. Er will noch all die Schandgesetze gegen die arbeitenden Massen erledigen. Deswegen hat er es nicht eilig. Die Arbeiter haben aber ein Interesse daran, daß diese Gesetze nicht mehr erledigt werden, deswegen haben die arbeitenden Massen es eilig mit der Auflösung. Dieser Kampf um die Auflösung muß von den Arbeitern sehr gesteigert und mit aller Energie geführt werden. Die Arbeiterschaft muß aktiv eingreifen. Es darf in kurzer Zeit keinen Betrieb mehr geben, in dem nicht zu der Frage Stellung genommen wurde, in dem nicht die Arbeiter die Auflösung des Reichstages, die Befestigung des Bürgerblocks gefordert haben. In jedem Betriebe, in jeder Gewerkschaftsverammlung muß Stellung genommen werden gegen die Verkleppung der Reichstagsauflösung. Durch die Aktivierung muß auch die SPD zur Enthüllung ihrer Scheinopposition gezwungen werden. Die Arbeiter wollen Schlag mit diesem Reichstage. Die SPD-Führer halten den Bürgerblock und verwirren die Arbeiter durch Scheinopposition. Äußere Aufgabe ist es, die Fragen kurzustellen. Stellungnahme in Betrieb und Gewerkschaft erzwingen, das bedeutet: heute den Kampf aufnehmen gegen die reaktionären Pläne des Bürgerblocks und gegen die Hilfsstellung, die von der SPD dem Bürgerblock geleistet wird.

Eine solche aktive Stellungnahme der Arbeiterschaft ist aber auch notwendig, weil sie die Vorbereitung zur Abwehr der Diktaturpläne der Kapitalisten darstellt. Auserparlamentarische Massenmobilisierung, um gegen die Angriffe der Reaktion bereit zu sein, ist zwingendes Gebot. Die SPD leistet den Diktaturplänen Hilfe, weil sie jede außerparlamentarische Mobilisierung ablehnt. Sie will einen rein parlamentarischen Kampf. Wenn auch wir verlangen, wenn auch wir nicht sofort beginnen, die Massen aufzutrommeln, mit dem Ziel, den Reichstag aufzulösen, die Bürgerblockregierung zu beseitigen, die Massen gegen die Diktaturpläne zu rufen, dann begehren wir eine verhängnisvolle Unterlassungserklärung. Es ist klar: das Truistkapital feuert auf die Diktatur los. Ob die Pläne reifen, das wird an der Arbeiterschaft liegen. Die Mobilisierung der Arbeiter, sie durch Warnungsrufe zu wecken, das ist unsere Aufgabe.

Während die Volksparteier die Diktatur nach den Wahlen, den Wahlrechtsraub nach den Wahlen verkünden, marschieren die Demokraten auf einem anderen Wege. Auch sie wollen Wahlrechtsraub. Sie sind die eifrigsten Treiber hierzu. Die Demokraten trommeln aber für die Verkleppung des Wahlrechts noch vor den Wahlen. Der eifrigste Verächter einer Verkleppung des Wahlrechts ist der Normalmensch Kälig. Auf ihn beriefen sich gestern die Dresdner Neuesten Nachrichten. Sie schreiben, nachdem Kälig im Anfang des Jahres 1926 eine Forderung des Wahlrechts gefordert, sei es still geworden. Sie bringen deswegen einen neuen Vorschlag. Ein Geheimrat Dr. v. Hippel, ein Göttinger Jurist, hat einen Vorschlag ausgearbeitet, nach dem die Wahlkreise kleiner gemacht, die Wahlen abgeklärt werden sollen.

Die Demokraten erklären, daß sie gegen die Splitterparteien auftreten wollen. In Wirklichkeit soll der Schlag gegen die Arbeiter geführt werden. Gleichzeitig spricht man wieder von der Einschränkung der Abgeordnetenliste. Nun, wir sind für die Beseitigung des Parlamentarismus und seine Verdrängung durch